

# Dresdner Nachrichten

## Gegründet 1856

Verleger: Kurt Zschacke, Dresden  
Vertrieb: Kurt Zschacke, Dresden  
Abdruck: Kurt Zschacke, Dresden

Verleger: Kurt Zschacke, Dresden  
Vertrieb: Kurt Zschacke, Dresden  
Abdruck: Kurt Zschacke, Dresden

Verleger: Kurt Zschacke, Dresden  
Vertrieb: Kurt Zschacke, Dresden  
Abdruck: Kurt Zschacke, Dresden

# Rätsel der Lausanner Konferenz

## Macdonald macht einen letzten Rettungsversuch

Drachbericht unseres nach Lausanne entsandten W.-H.-Sonderberichterstatters

Lausanne, 29. Juni. Diese Konferenz gibt mehr Rätsel auf, als jede andere vor ihr. Die deutsche Forderung nach Beilegung der Diskriminierung von Versailles, wobei man verschieden weit in der Auslegung und Beurteilung der Tragweite gehen kann, als Vorbedingung für eine deutsche Extrazahlung in eine gemeinsame Kasse hat keinesfalls als Sprengpulver der Konferenz gewirkt, sondern hat nur vorübergehend stürmische Wellen ausgelassen, um ebenso schnell wieder in den Hintergrund zu treten. Die Welt geht also noch nicht aus den Fugen, wenn von der Revision des Versailler Vertrages gesprochen wird.

Tatsächlich gilt dieser deutsche Schachzug aber heute abend schon wieder als durch die Tatsachen überholt. Die Gegenpartei hat sich geweigert, über diese politischen Bedingungen Deutschlands zu sprechen, die angeblich nicht zum Thema gehören. Damit muß aber ganz selbstverständlich auch das deutsche Angebot entfallen. Wir stehen also genau wieder da, wo wir vorher standen, wenn es noch eine Logik in diesen Dingen gibt. Ueber die taktische und pressetaktische Durchführung dieses deutschen Schrittes, der in allen Deutschen heftiges Problem nebenher mit in die Debatte warf und die Ablehnung dem Gegner allzu leicht machte, wird später noch zu sprechen sein. Voraussetzungen wollen wir festhalten, daß die Gegner nicht bereit sind, die politische Voraussetzung für eine wirkliche Befriedung Europas auch nur ernstlich zu erörtern. Ob es im Endergebnis trotzdem nicht günstig war, daß die Verhandlung hochpolitischer und finanzieller Probleme nicht noch weiter gestiegen wurde, sei dahingestellt.

Die Konferenz ist zweifellos in ihre Schlussphase eingetreten, die aber noch eine ganze Weile andauern kann.

Es wäre dabei falsch, nur noch formale Entscheidungen von dem kleinen Gremium zu erwarten, die den Abschluß vorbereiten sollen. Aus ausländischen Quellen verlautet mit großer Bestimmtheit, daß Macdonald heute von Deutschland ohne Rücksicht auf politische Bedingungen sowohl eine Zahlung in die gemeinsame Kasse als auch die Übergabe von Schuldverschreibungen an die Baseler Bank gefordert hat, die freilich nur im Falle einer vollen Erholung Deutschlands wirksam werden soll. Er soll sich für diesen Plan nämlich der Zustimmung aller anderen Mächte außer Deutschland vergewissern haben. Hier ist noch ein Fragezeichen erlaubt. Man muß, wenn diese Nachrichten im wesentlichen zutreffen, also mit einem verstärkten Druck auf Deutschland im letzten Stadium der Konferenz

noch rechnen. Macdonald hat einen zeitlichen Druck hinzugefügt, indem er den 5. oder 6. Juli als letzten Termin für sein Eintreffen in London bezeichnet hat. Wichtig ist in Macdonalds heutiger Rede die Feststellung, daß fast alle hier vertretenen Staaten sich mit der vorläufigen Einbindung aller Zahlungen einverstanden erklärt haben. Weiter geht aus seiner Rede hervor, daß die Konferenz zweifellos nach dem Abschluß in Lausanne in Permancens eröffnet werden soll und daß ein großes gemeinsames Schlussmanifest vor der Welt geplant ist, wie wir angekündigt haben. Es scheint demnach festzustellen, daß England einen letzten Versuch unternimmt, um die Konferenz doch noch zu einem wesentlichen Ergebnis zu führen und daß daraus sehr gefährliche Folgen für uns hier entstehen können. Weiter steht fest, daß niemand hier die Verantwortung für ein Aufbrechen der Lausanner Konferenz auf sich zu nehmen wagt.

## Der Sparetat

Mit einer Verspätung von einem Vierteljahr ist der Reichshaushalt sozusagen „parlamentarisch“ verabschiedet worden. Nach der Auflösung des Reichstags ist diese Aufgabe nur noch der Reichsrat als Vertretung der Länder aus, der schon unter Brüning's Kanzlerschaft gegenüber dem widerstrebenden und unberechenbaren Reichstag in die Stellung einer Ersten Kammer rückte, die an sich in der Reichsverfassung nicht vorgesehen ist. Der Reichsrat hat den unzweifelhaften Vorzug, von parteipolitischen Einflüssen freier zu sein, als der Reichstag, und er löst seine Entscheidungen auf Grund von staatspolitischen Erwägungen, während im Parlament oft der beschränkte Sozialismus derjenigen Gruppen, die sich zufällig eine Schlüsselstellung erobert haben, zum Schaden einer zweckdienlichen Entscheidung maßgebend ist. Deshalb ist auch der Ton im Reichsrat auf ruhige Sachlichkeit gestimmt, wogegen im Reichstag der Redeschwung der Parlamentarier allzu häufig weniger der Klärung des Beratungsgegenstandes als dem Reflektationsbedarf der Parteien dient. Es war also bestimmt kein Nachteil, sondern angesichts der riesigen Schwierigkeiten, die bei der Aufstellung eines Haushaltsplanes mit einschneidendsten Sparmaßnahmen zu überwinden waren, sogar ein außerordentlicher Vorzug, daß der reichlich verspätete Etat nur das Länderparlament zu durchlaufen hatte. Der Reichsrat hat denn auch die Erwartungen der Reichsregierung nicht enttäuscht und nach Entgegennahme einiger bedeutender Regierungserklärungen den Haushalt angenommen. Diese rasche Arbeit ist um so erfreulicher, als zu befürchten stand, daß auch im Reichsrat durch die unglückselige Fronde der schwarz-roten Länderregierungen parteipolitische Einflüsse in den Vordergrund treten könnten.

Dem gefehlischen Inkrafttreten des Reichshaushalts durch Notverordnung steht nun nichts mehr im Wege. Damit ist zum ersten Male ein Haushaltsplan ohne Befragung der Volksvertretung Geleht geworden. Wir wissen noch aus früheren Zeiten, daß das Reich, Steuern zu beschließen und den Haushaltsplan in allen seinen tausend Einzelheiten abzulehnen oder zu genehmigen, das heiligste Recht des Parlaments war. Viele Monate wurde über den neuen Haushaltsplan beraten, und lange bevor das alte Finanzjahr abgelaufen war, lag der neue Entwurf vor. Die Beratungen des Parlaments sind dem Reichshaushalt niemals ab gekommen. Vor dem Krieg sparten die Volksvertreter jeden Pfennig an den militärischen Ausgaben. Am bescheidensten war die Nichtbewilligung von drei Armekorps, die bei etwas mehr Großzügigkeit des Parlaments die Marschschlacht zu einem entscheidenden Sieg Deutschlands hätten werden lassen. Nach dem Krieg blühten dagegen kostspielige Anträge namentlich der Linken die Haushaltspläne von Jahr zu Jahr mehr auf. Die Folge waren wachsende Steuerlasten, unter denen wir schließlich zusammenbrechen mußten. Wenn es in Deutschland zu einer schweren Krise des parlamentarischen Systems gekommen ist, so ist der Mißbrauch des Budgetrechts, vom Reichstag angefangen bis herunter zu den kleinsten Stadtwortordnetenkollegien, die Hauptursache, und die Hauptschuldigen sind ohne Zweifel die marxistischen Parteien. Nach dem Einverständnis des früheren Finanzministers Hilferding hat die Sozialdemokratie die unerlöste Aufblähung der Ausgaben des Reichs namentlich in den Jahren von 1920 bis 1929 mit der offenen Absicht betrieben, die Steuerträger zu ruinieren, um auf diese Weise den sozialistischen Zukunftsstaat zu fördern. Die Folgen waren andere, als es sich diejenigen gedacht haben, die im Finanzministerium den besten Sozialreformminister sahen. Man hat durch Erhöhung nach außen und durch Aufblähung der Staatsausgaben nach innen zwar die Wirtschaft auf das schwerste geschädigt, aber auch zugleich die Masse der Bevölkerung verelendet, in deren Interesse man vorgab zu handeln.

Diese Entwicklung hat sich fortgesetzt. Mit dem zum Verfassen gebrachten Steuerquellen mußten zwangsläufig die Ausgaben des Reichs, der Länder und Gemeinden wieder herabgesetzt werden. Bezeichnenderweise überließ das Parlament diese wenig dankbare Aufgabe neidlos den zuständigen Behörden. Dazu brachte die Unklarheit der wirtschaftlichen Entwicklung so viele Versäuberungen in der Aufstellung des Reichsetats mit sich, daß selbst mehrere Monate nach dem Ablauf des alten Etats für 1931 die Arbeiten

# Die Sechsmächtesitzung in Lausanne

## Vor einer neuen Konferenz

Lausanne, 29. Juni. Ueber die Sitzung der sechs einladenden Mächte am Mittwochvormittag wird folgende amtliche Berichterstattung bekanntgegeben: Die Führer der Delegationen der sechs einladenden Mächte sind heute nachmittag im Chateau d'Orsay zusammengetreten. Der Präsident der Konferenz berichtete über den gegenwärtigen Stand der Konferenzarbeiten.

Es ist beschlossen worden, ein Büro, das sich aus dem Präsidenten und je einem Vertreter der sechs einladenden Mächte zusammensetzt, einzusetzen.

Das Büro soll die gegenwärtige Lage der Reparationsbesprechungen im Lichte der bisherigen Unterhandlungen prüfen. Es ist beauftragt worden, einen Bericht mit Empfehlungen den Führern der sechs Mächte in möglichst kurzer Frist vorzulegen.

Die Führer der Delegationen der sechs Mächte haben ferner die Handelsminister der sechs Mächte ersucht, zusammenzutreten, um diejenigen Fragen zu prüfen, die mit der zweiten Aufgabe der Lausanner Konferenz, den Maßnahmen zur Überwindung der finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Weltkrise, zusammenhängen, und zwar in Vorbereitung einer weitergehenden Konferenz, die diese Fragen näher prüfen soll.

Der Präsident der Konferenz ist ermächtigt worden, einen Vertreter der V. V. V. anzufordern, nach Lausanne zu kommen, wenn die technischen Arbeiten der Konferenz dies wünschenswert erscheinen lassen. Außerdem ist der Präsident ermächtigt worden, falls er es für wünschenswert hält, die Zustiegung von Vertretern von Ungarn und Bulgarien zu veranlassen.

## Eine grundsätzliche Rede Macdonalds

Lausanne, 29. Juni. Der englische Ministerpräsident Macdonald hat in seiner Eigenschaft als Präsident der Reparationskonferenz in der offiziellen Sitzung der sechs einladenden Mächte vom Mittwoch eine große Rede gehalten, die entgegen allen Erwartungen im Wortlaut veröffentlicht wird und die ein zusammenfassendes Programm der gesamten gegenwärtigen und künftigen internationalen Verhandlungen darstellt. Der englische Ministerpräsident hat in seiner Rede folgendes ausgeführt:

- Die Lausanner Konferenz hat zwei Aufgaben:
  1. Endlösung der Reparationsprobleme,
  2. Überwindung der wirtschaftlichen und finanziellen Krise.

Diese zweite Aufgabe kann jedoch nur gemeinsam mit der amerikanischen Konferenz gelöst werden. Die gegenwärtige Konferenz muß daher in allererster Linie das Reparationsproblem lösen und dann die künftigen Vorbereitungen für die kommende Weltwirtschaft

konferenz treffen. In der ununterbrochenen Reihe von privaten Besprechungen der letzten zwei Wochen ist zwar keine vollständige Übereinstimmung zustande gekommen, jedoch besteht allgemeine Übereinstimmung sämtlicher Mächte in folgenden Punkten:

1. Die Übertragung von Zahlungen von einem Lande in das andere führt zu einer weiteren Verschärfung der gegenwärtigen Krise.
2. Die Befreiung eines Schuldnerlandes von seinen Zahlungen, die er selbst nicht mehr tragen kann, führt lediglich zur Übertragung der Last auf den Gläubigerstaat.
3. Die gesamten internationalen Schulden, die Reparationen und die Kriegsschulden müssen der gegenwärtig gefährdeten Weltwirtschaftslage unerschütterlich angepaßt werden, um eine weitere Katastrophe zu verhindern.
4. Es müssen Maßnahmen ergriffen werden, um die Stabilität der Währung Deutschlands aufrechtzuerhalten und die energetischen Maßnahmen der deutschen Regierung auf diesem Gebiet dauernd zu sichern.
5. Die Lausanner Konferenz muß mit einer positiven möglichst endgültigen Lösung endigen und der allgemeinen Regelung der Schuldenfrage gemeinsam mit den Vereinigten Staaten angepaßt werden.
6. Die auf der Lausanner Konferenz zu findende Endlösung muß zu einer Wiederherstellung des Vertrauens führen, die unerlässlich ist für die Wiederbelebung der Kredit- und des internationalen Handels.
7. Die künstliche Übertragung von Zahlungen, die die internationale Zahlungsbilanz nicht untergraben, kann nur auf dem normalen Wege des internationalen Handels und die hierdurch geschaffene Zahlungsfähigkeit vorgenommen werden.
8. Deutschland ist gegenwärtig nicht in der Lage, Reparationszahlungen zu leisten.

Macdonald führte dann weiter aus, daß die Konferenz jetzt in allererster Linie das außerordentlich heikle und schwierige Problem der deutschen Reparationszahlungen zu lösen habe. Er werde persönlich zu diesen Fragen keine Stellung nehmen, da seine Auffassung bei der einen oder der anderen Seite auf Widerstand stoßen könnte. Die bisherigen Verhandlungen hätten jedoch bereits zu bestimmten, eindeutig feststehenden Punkten geführt.

Die Konferenz müsse jetzt in einzelnen Etappen vorgehen.

Die erste Aufgabe sei die Reparationslösung. In den übrigen Fragen, Abrüstung, politischen Abkommen usw. müsse die gegenwärtige Konferenz eine allgemeine Erklärung abgeben. Jede einzelne teilnehmende Macht müsse sich verpflichten, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um in den nächsten Monaten eine Verständigung in diesen Fragen herbeizuführen. Jedoch dürfe die endgültige Regelung in der Reparationsfrage nicht hinausgeschoben werden. Eine vollständige Verständigung hierüber müsse erzielt werden.

Heute:

## Literarische Umschau

Seite 9